

## FG „Asyl“

Laut dem UNHCR, dem UNO-Flüchtlingswerk, gibt es derzeit weltweit über 51 Mio Menschen, die auf der Flucht sind; wegen (Bürger-)Krieg, Gewalt oder weil sie wegen ihrer politischen Meinung, ihrer sexuellen Orientierung oder aus sonstigen Gründen verfolgt werden. 16,7 Mio dieser Menschen gelten völkerrechtlich als Flüchtlinge, da sie Schutz in einem anderen Staat suchen. Die anderen sind sogenannte Binnenflüchtlinge, d. h., sie sind auf dem Territorium ihres Landes geblieben. Rund 86 % dieser Flüchtlinge leben in „Entwicklungs“ländern. Die fünf Staaten, die die meisten Flüchtlinge aufnehmen, sind Pakistan (1,6 Mio), Iran (857.400), Libanon (856.500), Jordanien (641.900) und die Türkei (609.900).

In den EU-Staaten haben im Jahr 2014 ca. 570.000 Menschen einen Asylantrag gestellt, davon 172.945 in Deutschland, soviel wie in keinem anderen Land. Absolut gesehen. Relativ betrachtet gab es die meisten Asylbewerber in Schweden, die bei 9,5 Mio Einwohnern 74.980 Anträge verzeichneten.

Zahlen, Daten, Statistik. Und hinter jeder Zahl steckt genau die gleiche Anzahl an Einzelschicksalen. An Menschen, die ihre Heimat verlassen haben. Nicht aus Neugier, sondern weil sie mussten! Ihre körperliche oder seelische Verheertheit war bedroht oder sie mussten um ihr Leben fürchten. Niemand flieht freiwillig aus seiner Heimat, wenn es ihm dort gut geht!

Viele derer, die Zuflucht in Europa suchen, gehen lebensbedrohliche Risiken ein. Sie versuchen, in schrottreifen und mit Menschen völlig überfüllten Booten das Mittelmeer zu überqueren und geben dafür sogenannten Schleppern viel Geld. Dieser Zustand ist untragbar! Die Anzahl der Flüchtenden, die auf so einer Überfahrt ihr Leben lassen mussten, kennt niemand genau. Aber allein der Umstand, dass es überhaupt versucht wird, ist eine menschliche Tragödie. Die Antwort der EU hierauf ist beschämend. Das von der italienischen Regierung initiierte und durchgeführte Programm „mare nostrum“ hat über 130.000 Menschen aus Seenot gerettet. Das von der EU finanzierte Nachfolgeprojekt „Triton“ dagegen wurde mit wesentlich weniger Geldern ausgestattet und dementsprechend erfolgreich. Die Planungen der EU-Regierungschefs laufen darauf hinaus, dass die Schleuser militärisch bekämpft werden sollen. Dies ist aus unserer Sicht keine Antwort auf eine humanitäre Katastrophe!

Im Mittelmeer sterben derzeit Menschen, weil sie Europa erreichen wollen. Es kann hier keine Alternative zu einer effektiven Seenotrettungsinitiative geben. Die sogenannten „Auffanglager“ in den Mittelmeeranrainerstaaten, wie z. B. Libyen, in denen die Flüchtenden vor der Überfahrt unter menschenunwürdigen Bedingungen ein- und weggesperrt werden, sind sofort aufzulösen. Die Staaten der EU haben hier eine Verpflichtung, da es sich um Menschen handelt, die die EU erreichen wollen. Die Bedingungen in diesen EU-finanzierten Lagern sind desaströs. Es müssen Möglichkeiten geschaffen werden, die EU auf legalem Wege zu erreichen, ohne dass zehntausende von Menschen ihr Leben riskieren!

Die Gewährung von Asyl ist eine unabdingbare humanitäre Pflicht! Wir, die wir hier in Frieden und Sicherheit leben, können nicht - ohne wirklich und ehrlich Hilfe zu leisten – zusehen, wenn ...zigtausende Menschen verfolgt und ermordet werden. Wir dürfen nicht in einen Abwehr-mechanismus verfallen und, wie leider viele tönen, Menschen als „Wirtschaftsflüchtlinge“ diskriminieren. Es mag sein, dass neben den Kriegsflüchtlingen auch Menschen zu uns kommen, die auf Versprechen von Schleuserbanden hereinfliegen, die ihnen Europa als Paradies vorgaugeln. Das ist jedoch eine andere Problematik. Neben der Bekämpfung der organisierten Kriminalität muss für die EU eine Wirtschaftspolitik stehen, die den Menschen eine Chance auf ein gutes Leben auch in der eigenen Heimat bietet. In diesem Sinne muss man wohl konstatieren, dass die Entwicklungshilfe nicht ausreicht, um dieses Ziel zu erreichen. Deutschland und die EU sind im Verhältnis zu wirtschaftlich schwächeren Ländern geprägt von der Durchsetzung eigener ökonomischer Interessen. Diese Länder werden als Konsumenten und Absatzgebiete von unseren Produkten überschwemmt und die Entwicklung einer eigenen Wirtschaft be- und verhindert. Hier bedarf es einer grundsätzlichen Abwehr der aggressiven Wirtschaftspolitik, die mitverantwortlich ist für Hunger und Krieg. Insoweit tragen wir auch mit Verantwortung an den gegenwärtigen katastrophalen Zuständen.

Weder Deutschland noch die EU sind in der Lage, alle Probleme, die Menschen dazu veranlasst, ihre Heimat zu verlassen, auf der Stelle zu lösen. Aber es ist eine moralische Verpflichtung, zumindest nicht Teil oder Auslöser dieser Probleme zu sein. Der Klimawandel und die fortgeschrittene Umweltverschmutzung wurden auch maßgeblich hierzulande mit verursacht. Wir brauchen eine Abkehr vom Goldenen Kalb - hin zu einem Primat des Humanitären und der Menschlichkeit.